



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/34

Hannover, 21. März 1949

CDU-Fraktion contra Storch

=====

Das sogenannte Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz, das aus einem sozialdemokratischen Initiativentwurf hervorging, wurde im Wirtschaftsrat mit grosser Mehrheit einschliesslich der CDU verabschiedet. Monate später erklärte die Militärregierung, sie müsse die Stellungnahme zu diesem Gesetz ablehnen, da sich die finanziellen Auswirkungen der Rentenverbesserungen und der strukturellen Angleichung der Invaliden- an die Angestelltenversicherung nicht übersehen liessen. Arbeitsdirektor Storch trat darauf entschieden für das Gesetz in der vorliegenden Fassung ein und sagte, es sei Aufgabe aller deutschen Stellen, den Alliierten, die entweder unvollkommen oder schlecht beraten gewesen wären, klar zu machen, dass die Reformen auch volkswirtschaftlich zu verantworten seien. Er werde für den Fall, dass von der Militärregierung ein anderes Gesetz befohlen werde, die Verantwortung dafür durch eine öffentliche Erklärung ablehnen.

Das ist die Sprache eines Mannes, der weiss, was hier für Millionen von Rentenempfängern auf dem Spiel steht. Er konnte an Hand von Zahlen nachweisen, dass alle gegen das Gesetz vorgebrachten finanzpolitischen Argumente nicht stichhaltig sind. Aber Direktor Storch hatte nicht mit seiner Fraktion im Wirtschaftsrat gerechnet. Während er sich noch bemühte, die CDU-Finanzminister für das Gesetz zu gewinnen, war in der Fraktion bereits beschlossen, den reformerischen Teil des Anpassungsgesetzes zu streichen und es bei den Rentenerhöhungen bewenden zu lassen. Ein entsprechender Initiativentwurf steht auf der vorläufigen Tagesordnung des Wirtschaftsrates für diese Woche. Die CDU steht also im Begriff, von einem Gesetz abzurücken, dem sie selbst ihre Zustimmung gegeben hatte. Dies geschieht, ohne dass das Gesetz von der Militärregierung endgültig abgelehnt oder auch nur die jetzt in Fortfall kommenden Paragraphen besonders kritisiert worden wären.

Angesichts dieser Mentalität nimmt es nicht wunder, wenn der Pressedienst der CDU die Dinge einfach auf den Kopf stellt. Kühn wird in einem Artikel vom 15. März behauptet, in der von der SPD und von den ihr nahestehenden Gewerkschaften beherrschten Presse würde unzweideutig ausgesprochen, dass Lohnerhöhungen erhoben und notfalls mit Streik erzwungen werden müssten, wenn Lastenausgleich und Anpassungsgesetz nicht sofort wirksam würden. Als ob nicht jedermann wüsste, dass das erste Gesetz zum Lastenausgleich bei den

Besatzungsmächten liegt. Es ist ferner völlig unsinnig, Rentenerhöhungen für Invaliden mit Lohnforderungen für Werktätige in Verbindung zu bringen.

Wie bekannt wird, werden die Gewerkschaften durch eine Versammlungsaktion die Bevölkerung über die Zusammenhänge aufklären. Die Rentenempfänger sollen erfahren, was gewisse Parteien meinen, wenn sie von sozialem Fortschritt reden. "Fragwürdige Bundesgenossen" war der Artikel im CDU-Pressedienst überschrieben. Uns scheint, dass hier die Gewerkschaften einen höchst zuverlässigen Bundesgenossen haben, nämlich Anton Storch und seine Verwaltung für Arbeit. Storch hat in einem Brief an den Gewerkschaftsrat erklärt, dass er dem Gesetz Unterlagen beigelegt habe, aus denen das Zweimächte-Kontrollamt sowohl die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes, als auch die Mehrbelastung aus den veränderten Beitrittssätzen, sowie die künftigen Zuschüsse der Länder an die Rentenversicherung mit allen Einzelheiten für die nächsten fünf Jahre entnehmen konnte. Die Beitragsbelastung stimmt, wie Storch erklärt, genau mit derjenigen überein, die die vier Besatzungsmächte bereits in einem Gesetzentwurf von 1946 für das gesamte deutsche Staatsgebiet vorsehen und als tragbar annehmen.

Falls die Angaben Storchs zutreffen, ist der Anspruch der Militärregierung auf genaue Unterlagen erfüllt. Warum soll ein neues, für die Rentner weniger günstiges Gesetz verabschiedet werden, wenn nunmehr von den Alliierten eine klare Entscheidung erwartet werden kann? Wollten die Alliierten jetzt endgültig ablehnen, so müssten sie sich den Standpunkt der CDU-Finanzminister der Länder zu eigen machen, für die es allerdings weniger um eine fortschrittlich Sozialpolitik als um den Grundsatz geht, ob sie die Zuschüsse zur Sozialversicherung übernehmen, die früher vom Reich getragen wurden. Oder sollte der hessische Finanzminister Dr. Hilpert (CDU) als Vorsitzender des Finanzausschusses des Länderrates in seinem langen Schreiben an die Militärregierung noch andere Argumente vorgebracht haben? (Is/213/B111/he)

Berichtigung

In der Ausgabe Nr. 32 vom 17. März findet sich in der Mitteilung "Im Mittelpunkt: die Heimatvertriebenen" leider ein sinnentstellender Fehler, den wir bedauern und auf den wir nachträglich aufmerksam machen.

Richtig muss es im zweiten Absatz heißen: "Es wurde beschlossen, dass die Mitgliedschaft zum Herburger Bund, zur Notgemeinschaft Deutschlands und zur Deutschen Kooperationsgemeinschaft mit der Mitgliedschaft in der SED nicht vereinbar ist."

Die Redaktion

Schwierige Deutschlandverhandlungen

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die schwierige Geburt des westdeutschen Staates beginnt die französische Öffentlichkeit zu erstaunen und zu beunruhigen. Man erachtet eine baldige Lösung für unentbehrlich, nicht nur im deutschen Interesse, sondern auch als Vorbereitung einer allgemeinen, europäischen Bereinigung. Es gibt in Frankreich kaum noch politisch denkende Menschen, die eine europäische Zusammenarbeit ohne aktive und zumindest theoretisch gleichberechtigte deutsche Beteiligung für möglich halten. Alle deutschen Angelegenheiten erhalten daher europäische Bedeutung. Dazu kommt die Befürchtung, durch zu langes Zögern den Kommunisten in Deutschland schlagkräftige Propagandaparolen zu liefern und der Sowjetdiplomatie die Arbeit in Europa zu erleichtern.

Frankreich wünscht seit einigen Wochen die Einberufung einer westlichen Außenministerkonferenz zur Beseitigung der immer noch zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten. Dieser Vorschlag scheint bisher in Washington auf wenig Gegenliebe gestossen zu sein. Über die Gründe ist sich Paris nicht ganz im klaren. Man vermutet, dass die Vereinigten Staaten ihre Deutschlandpolitik noch nicht endgültig festgelegt haben. Vielleicht erscheint ihnen auch die Verteidigung und die Organisation Europas wichtiger als eine alliierte Einigung über technische Besatzungsfragen. Der französische Außenminister Schumann muss sich daher mit vorwiegend informatorischen Besprechungen begnügen. Er benutzte seine Anwesenheit in London, um mit dem amerikanischen Botschafter über den Umfang der letzten Demontagen in Deutschland zu verhandeln. Zweifellos werden sich auch die drei westlichen Außenminister anlässlich der Unterzeichnung des Atlantikpaktes im April in Washington über das deutsche Schicksal unterhalten. Man nimmt aber in Pariser offiziellen Kreisen nicht an, dass es bei dieser Gelegenheit zu einer umfassenden und entscheidenden Aussprache kommen wird.

Das Haupthindernis sind alliierte Meinungsverschiedenheiten, die Deutschland meistens nur unmittelbar interessieren. Das Besatzungsstatut wäre vielleicht schon veröffentlicht worden, wenn sich Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten über die Organisation ihrer eigenen Verwaltung hätten einigen können. Frankreich möchte in den alliierten Behörden der Trizone in Zukunft nicht überstimmt werden und fordert daher entweder die Einführung des Vetorechts im Falle der Errichtung einer trizonal zentralisierten Besatzungsbehörde oder Beibehaltung der bisherigen Zonenautorität neben einer neuen gemeinsamen Verwaltungseinheit. Die Amerikaner und wohl auch die Engländer wollen dem jeweiligen Veto nur eine aufschiebende Wirkung von 30 bis 90 Tagen zugestehen. Ausserdem sind sie der Ansicht, dass die Trizone ihren Sinn verliert, wenn die Besatzungsbehörden weiterhin ihre lokalen Vorrrechte behalten. Aus diesem Grunde dürfte auch der Vorschlag General Kennigs, Gesamtbaden

der französischen Zone einzuverleiben und Südwürttemberg zur amerikanischen Zone zu schlagen, kaum Erfolgsaussichten haben. Selbst in Paris wird er mit wenig Begeisterung aufgenommen.

Ein weiterer Streitpunkt sind die Demontagen und der verbotenen Industrien in Deutschland. Es geht dabei um die letzten 50 Betriebe der von den Amerikanern vorgeschlagenen Streichungsliste. Großbritannien scheint zur Annahme dieser Streichungen bereit zu sein, wenn Deutschland gewisse Fabrikationen auch weiterhin verboten bleiben. Frankreich soll genau das Gegenteil wünschen und die Aufhebung der Fabrikationsverbote der Einschränkung der Demontagen vorziehen. Beängstigend wirkt in Paris auch der steigende Einfluss Amerikas auf die deutsche Schwerindustrie. Besondere Bedenken erweckt die Bestimmung des Erlasses Nr. 75 von General Clay, wonach Betriebe mit mehr als 50%iger ausländischer Beteiligung der internationalen Kontrolle entzogen sind. Die amerikanische Anregung, die Anwärter auf Demontagebetriebe durch weitere Marshallkredite zu entschädigen und dafür die in Deutschland verbleibenden Anlagen dem amerikanischen Staat zu übereignen, kann die Pariser Befürchtungen nur steigern.

Nicht zuletzt wird auch an die weitere Entwicklung des weltpolitischen Konfliktes zwischen West und Ost gedacht. Die Schaffung eines westdeutschen Staates und dessen Eingliederung in eine euro-päische Gemeinschaft führt unweigerlich zu einer beinahe unüberbrückbaren Vertiefung des Grabens zwischen dem Westen und der Sowjetunion. Diese endgültige Trennung möchte man gern vermeiden. Paris hofft immer noch, wenn auch mit geringerer innerer Überzeugung, auf irgendeine Kompromisslösung, die sich aus einer neuen sowjetischen Initiative ergeben könnte. Deswegen will man erst nach reiflicher Überlegung den bedauerlichen Trennungsstrich durch Deutschland ziehen.

Joseph Alsop gegenüber der Öffentlichkeit

sp. Zur Diskussion über die Deutschlandpolitik, die jetzt in Amerika in vollem Gange ist, liefert der angesehene Journalist Joseph Alsop in "Herald Tribune" einen bemerkenswerten Beitrag. In einem Bericht aus Berlin analysiert er die gegenwärtigen deutschen Zustände. Er konstatiert den Aufstieg aus einem Zustand des allmählichen Verhängerns zu einer eintönigen Genügsamkeit und preist das Verdienst General Clays, der gegen erhebliche Widerstände eine menschliche Politik durchgesetzt habe. England, so sagt er weiter, rechne für absehbare Zeit mit der Spaltung Deutschlands als einer unvermeidlichen Tatsache. Daraus ergebe sich die unausweichbare Notwendigkeit, in Westdeutschland so schnell wie möglich eine gesunde Wirtschaft und ein anständiges politisches System zu schaffen.

Dem stehe jedoch die Politik Frankreichs entgegen, über die sich Alsop mit größter Schärfe äußert. Sie bedrohe die Bevölkerung

ihner Zone mit Besatzungskosten, bringe die dortige Industrie nach Kräften in französischen Besitz und sei auf jede Weise bemüht, einen Wiederaufstieg der Deutschen zu Selbstregierung und menchenwürdigem Dasein zu verhindern. Nun habe sie erreicht, daß Westdeutschland als eine Kolonie mit drei Vizekönigen, den Militärgouverneuren, regiert werden soll, und damit würden sich auch alle Fehler einstellen, die jeder Kolonialregierung anhaften, Mißstimmung und Verantwortungslosigkeit der Regierten und ihr Wunsch, das ganze System baldmöglichst über den Haufen zu werfen. Nach Überwindung dieses Kolonialsystems würden jedoch die wirtschaftlichen Grundlagen bleiben und auf ihnen würde sich das neue politische System erheben.

Darum legt Alsop entscheidendes Gewicht auf die Lösung der Ruhrfrage. Wieder an die Macht gelangt, würden die Großkapitalisten einen neuen Angriff vorbereiten oder bei Rußland-Anschluß suchen. Darum sei die Sozialisierung der Ruhr notwendig und die Schaffung einer sozialen Demokratie, "geleitet von Männern wie dem bewundernswürdig mutigen und hochkultivierten Oberbürgermeister von Berlin, Ernst Reuter". Nur dadurch könne man den drohenden Gefahren begegnen, daß man dem deutschen Volk ein Höchstmaß von sozialem Fortschritt sichere. "Gewiß", so schließt Alsop, "müssen kühne, schöpferische Maßnahmen ergriffen werden, wenn die Westmächte nicht durch Torheiten und Schwanken verlieren wollen, was sie durch die Brutalität der Sowjets gewonnen haben". (b/A.80a/213/2/hs)

Volkerrat in Nöten

W.B. Berlin, 21.3.49

Das propagandistische Angebot des "Volkrates" in Berlin an Adenauer und Köhler zu einem gemeinsamen Treffen in Braunschweig ist das bisher klarste Eingeständnis dafür, daß die Kommunisten mit ihrer bisherigen Politik Schiffbruch gelitten haben. Man scheint in diesen Kreisen allerdings die Hoffnung zu hegen, daß sich jetzt wieder etwas günstigere Möglichkeiten abzeichnen, vor allem in rechtsgerichteten Kreisen. Pieck sprach von der besten Aussicht, in dieser politischen Schicht Boden zu gewinnen und Muschke berief sich auf die ihm gegenüber zum Ausdruck gekommene Auffassung führender Wirtschaftler des Westens, stärker den Notwendigkeiten einer Zusammenarbeit mit dem Osten Rechnung zu tragen, als das bisher geschehen sei.

Diese Entwicklung hat die letzte Volkratstagung in einem eigenartigen und für die SEP recht peinlichen Licht erscheinen lassen. Die Anweisung zur Einladung an die Westpolitiker kam ganz überraschend, die Volksräte mußten deshalb fast eine Stunde warten, während ihr Präsidium zum Befehlsempfang gerufen war. Die Reden des ersten Tages konnten größtenteils nicht mehr auf die neue Linie umgestellt werden. Grotewohl nahm an seinem Referat in der

Nacht vom Freitag zum Sonnabend noch wesentliche Änderungen vor, weil ihm persönlich die Aufgabe gestellt war, sich mit Bonn einigermaßen "sachlich" auseinanderzusetzen und nicht mehr nur von Quislingen zu sprechen. Die SED-Leute hielten sich demzufolge bei dieser Volksrattstagung auffallend zurück, in den Vordergrund traten stark die Satellitengruppen der Ost-CDU und Ost-LDP.

Auffallend war auch, daß das Organ der Nationaldemokraten und die "Neue Zeit" Otto Muschkes übereinstimmend betonten, es könne sich bei dem Verfassungsentwurf ihres Volksrates nicht um das letzte Wort handeln. Die "Neue Zeit" fügte hinzu, auch von einem Exilentwurf für einen Oststaat könne keine Rede sein: "Vor einem solchen Übel eines separaten ostdeutschen Staates auch nur als Gegenstück zu einem westdeutschen, möge uns der Himmel bewahren".

Die sowjetisch lizenzierte Presse registrierte mit besonderer Genugtuung, daß neben Semjenow und Tulpanow auch Vertreter der westlichen Besatzungsmächte an der Tagung teilgenommen hätten. Die Freude darüber ist angesichts des Geschreies über den Atlantik-Takt schwer verständlich, ebenso wie Professor Kastners Willkommensgruß an die Presse des Westens.

FDGB gegen Arbeitsschutz

sp. Ebenso wie bei den Wettrennen der Schrittmacher die Aufgabe zufällt, die Renner zum schnellsten Tempo anzuspornen, ist es das Ziel der "Hennecke-Bewegung", die Arbeiter zu veranlassen, ohne Rücksicht auf Kraft und Gesundheit Spitzenleistungen zu erzielen, um auf diesem Wege zu allgemein gültigen neuen Leistungsnormen zu gelangen.

Wie können sich die Arbeiter im Mansfelder Erzbergbau gegen die Heraufsetzung ihrer bisherigen Normen wehren, wenn, wie der FDGB-PresseDienst mitteilt, der Hauer HimpeI angeblich 650 Ztr. Kupferschiefer förderte und damit das Schichtziel mit 541 Prozent erfüllte? Der gleichen Quelle entnehmen wir, daß im Steinkohlenbergwerk "Gottes Segen" der Hauer Herbert Landmann in einer Sonderschicht 21 cbm Kohle förderte und damit 333 Prozent der Norm, der Hauer Westphal auf der Rostocker Neptun-Werft "das Beispiel der Mieter folgend" eine 398%ige Normerfüllung, die fünf "Kameradschaften(!)" in den Kalkwerken in Rüdersdorf bei Berlin 485 % der Norm erreichten.

Liest man solche Zahlen, muß man sich an den Kopf fassen und sich fragen, ob denn vorher in diesen meist "volkseigenen" Betrieben überhaupt nicht gearbeitet und nur gebummt wurde.

Den Höhepunkt der Blütenlese bildet der Bericht über einen Vorgang in der Zuckerfabrik Gatersleben in Sachsen-Anhalt. Dort drohte infolge einer schweren Störung im Wellen eine vorübergehende Produktionsstörung. Doch da meldeten sich zwei "Henneckes", die den

Schaden reparieren wollten. Die Parteileitung und die Arbeitsschutz-Kommission des Werkes hatten jedoch Bedenken. "Trotz der Bedenken... haben die beiden Aktivisten diese Arbeiten durchgeführt, weil sie keine Produktionsstörung entstehen lassen wollten". Und so etwas wird vom FDGB hergestellt, propagiert und zur Nachahmung empfohlen!

Daß die Masse der Arbeiter, insbesondere der, die schon vor 1933 gewerkschaftlich organisiert waren und von den besten Traditionen der Arbeiterbewegung noch immer "angesteckt" sind, anders denkt, ist sicher. In einem Protokoll über die Landeskonzferenz der IG Chemie, Land Brandenburg, die am 27.1.1949 in Potsdam tagte, lesen wir: "Man konnte erkennen, daß auch die Funktionäre verschiedener maßgebender Betriebe den Sinn der Hennecke-Bewegung noch nicht erfaßt haben".

Nochmals Katyn?

sp. Das Verbrechen von Katyn bei Smolensk, wo bekanntlich im Frühjahr 1943 von den deutschen Besatzungsbehörden Massengräber mit etwa 10 000 ermordeten polnischen Offizieren entdeckt wurden, ist in der letzten Zeit wieder in der Öffentlichkeit erörtert worden.

Zunächst erschien in London eine umfangreiche polnische Dokumentensammlung, in welcher durch Aussagen polnischer Offiziere, die mit den Ermordeten im gleichen Kriegsgefangenenlager zusammen waren, durch Berichte über die vergeblichen Bemühungen polnischer Stellen um die Auffindung der Vermissten in Sowjetrußland in den Jahren 1941-1943, durch Aussagen polnischer und neutraler Ärzte und Wissenschaftler, die während der Exhumierung der Leichen ihre Untersuchungen anstellten, usw., ohne jeden Zweifel nachgewiesen wird, daß die Offiziere nur im Frühjahr 1940 durch die Sowjets erschossen worden sein konnten.

Wohl ausgelöst durch diese Bucherscheinung entspann sich in der Londoner Presse dazu eine Polemik. Den Anstoß gab der kommunistische Unterhausabgeordnete D.N. Pritt mit dem Argument, daß die bei den Ermordeten vorgefundenen Patronenhülsen deutschen Ursprungs gewesen seien. Ihm konnte jedoch erwidert werden - was auch schon in der polnischen Dokumentensammlung sehr überzeugend geschah - daß diese Munition bereits vor 1939 von Deutschland in sehr großen Mengen an Rußland und die osteuropäischen Länder geliefert worden war. Zahlreiche Unterhausabgeordnete beteiligten sich an der Debatte, ferner polnischerseits der Informationsminister Prof. Pragier und die Generale Sochaczewski und Wladyslaw Anders.

Die polnischen Diskussionssteilnehmer wiesen insbesondere darauf hin, daß alle ermordeten Offiziere Winterkleidung trugen, während die Tat den sowjetischen Behauptungen zufolge von den Deutschen im Sommer 1941 begangen worden sein soll. Außerdem sei jegliche Korrespondenz mit den Ermordeten im Frühjahr 1940 abgebrochen, d.h. zu einer Zeit, als Sowjetrußland noch in bester Freundschaft mit Hitlerdeutschland lebte. Im Hinblick auf dieses Moment wird in der polnischen Dokumentensammlung nachgewiesen, daß im Frühjahr 1940 aus den in der Nähe von Katyn gelegenen Kriegsgefangenenlagern Kozielsk, Starobielsk u. Ostaszkow die Gefangenen in Gruppen zu etwa 300 Mann von der NKWD nach dem Walde von Katyn gebracht wurden, darauf von ihnen jegliche Spur verloren ging.

General Anders verlangt die erneute Aufrollung des Falles vor einem internationalen Tribunal unter Hinzuziehung von polnischen Vertretern, die in Nürnberg nicht gehört wurden. Andersens Forderung ist in der britischen Öffentlichkeit günstig aufgenommen worden.

(b/B1/213/1/hs)